

65.

Geschehen Detmold am Landtage den 16ten October 1849.

Gegenwärtig die Abgeordneten außer Petri II. und Oberbracht.

Das in der gestrigen Sitzung aufgenommene Protocoll wurde verlesen und genehmigt, und sodann die von der Meyerschen Hofbuchhandlung eingezogene Rechnung über die bis zur neuligen Vertagung aufgelaufenen Druckkosten bekannt gemacht. Dieselbe beläuft sich auf 683 Rthl. 6 Sgr. und wurde auf Antrag des Abg. Böhmer zur beliebigen weiteren Einsicht auf der Tafel des Hauses niedergelegt.

Derselbe Abgeordnete erinnerte sodann an die frühere Anordnung: daß die Landtagsverhandlungen den Subscribenten dreimal wöchentlich zugehen sollten, und zeigte an: daß dieß dennoch nicht geschähe. Er möchte dieß geordnet sehn und zugleich wünschen: daß die Landtagsverhandlungen auch ohne das Regierungsblatt möchten bezogen werden können. Ueber letzteres wollte die damit beauftragte Geschäfts-Commission, Vorsitzender Abg. Schierenberg, Vorschläge eröffnen.

Der Abg. Meyer nahm sodann das Wort: es wären Landtagsmitglieder nachlässig in ihrer Theilnahme an den Commissionsitzungen. Es könnte die Thätigkeit der Commissionen dadurch gehindert werden und müßte er wünschen, daß die Abgeordneten dieserhalb auf ihre Pflicht sich verwiesen sein ließen. Abg. Petri I. verwahrte sich hiergegen, und könnte der Abg. Meyer zu einer solchen Rüge nicht veranlaßt achten. Er könnte wenigstens in solcher Allgemeinheit die Rüge nicht anders als zurückweisen, denn er wäre Mitglied in vielen Commissionen und in diesen allen wäre irgend ein nachlässiges Ausbleiben nicht vorgekommen. Auch der Abg. v. Stietencron verwahrte sich mit dem ausdrücklichen Hinzufügen: daß gestern der Abg. Meyer selbst, wie freilich ebenso auch er, ja an einer Commissionsitzung Theil zu nehmen versäumt hätte. Und wurde sodann der Gegenstand verlassen, nachdem der Vorsitzende das Ersuchen ausgesprochen hatte: es möch-

ten

ten die Abgeordneten, um nicht unwissentlich die Theilnahme an einer Commission zu versäumen, am Schusse jeder Landtagsitzung auszuharren, bis die Ausschußberatungen verabredet worden.

Zur Tagesordnung sodann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Bericht des Ausschusses für das Gesetz über die Allobification der Lehen in erster Stelle entgegenzunehmen sein möchte, weil der Herr Regierungscommissarius in der Regierungssitzung benachrichtigt zu werden wünschte, falls die eventuell zur Tagesordnung verstellte Berathung des Berichts geschehen sollte. Und erstattete sodann der Abg. Althof den unter N^o 46 anliegenden Bericht, dessen besonderen Druck die Commission unnöthig geachtet hätte. Auf Bevormortung des Abg. Petri I. wurde in die Berathung jedoch nicht sofort eingetreten.

Sodann erstattete der Abg. Leizmann den Ausschußbericht über das Volksschulwesen,

Anlage 47.

welcher denn also in 5 Exemplaren für jeden Abgeordneten gedruckt werden mußte.

Als sodann der Böhmersche Antrag zur Berathung kommen sollte, zog der Antragsteller denselben zurück, weil er inzwischen sich überzeugt hatte: daß dafür eine Majorität nicht zu erlangen wäre.

Die nächste Sitzung wurde auf Morgen früh 11 Uhr bestimmt und die zweite Lesung des Gesetzes über Allobification der Lehen auf die Tagesordnung gestellt, unter dem Vorbehalt jedoch: daß der heute abgestattete Bericht noch heute gedruckt und ausgetheilt würde. Es wollte diese Besorgung vom Landtagsbureau soweit thunlich erwartet werden.

Die Sitzung wurde um 1 Uhr geschlossen.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

Hildebrand.

66.

Geschehen Detmold am Landtage den 17ten October 1849.

Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig außer Petri II. und Oberbracht sämmtliche Abgeordnete; aus
Fürstlicher Regierung Herr Geheime Regierungsrath Piderit und Herr
Regierungsrath Meyer.

Nach Vorlesung des Protocolls der vorigen Sitzung erinnerte dagegen der Abg. Meyer, es sei nicht erwähnt, daß er auf die Erinnerung des Abg. v. Stietencron, er selbst, der Redner, habe in einer Commissions-
sitzung gesagt, entgegenet, er habe den Vorsitzenden von seinem Ausbleiben
in Kenntniß gesetzt; dieser Umstand werde zwar von letzterem in Abrede ge-
stellt, er werde ihn aber nöthigenfalls durch Zeugen beweisen können.

Abg. Althof: mit dieser Behauptung werde die Sache fast persönlich,
der Abg. Meyer habe seiner Aufforderung, mit ihm in die fragliche Com-
missions-sitzung zu gehen, die Aeußerung entgegengesetzt: machen Sie was
Sie wollen, ich komme nicht — und sei später auch nicht erschienen.

Abg. Leizmann: solle einmal jener Vorfall im Protocolle vollständig
aufgeführt werden, so müsse auch die Aeußerung des Abg. v. Stietencron
nachgetragen werden, dahin lautend: er selbst fühle sich zwar von der Bemerkung
des Abg. Meyer getroffen, indem er verhindert gewesen eine Com-
missions-sitzung zu besuchen, in dieser sei aber auch der Abg. Meyer nicht
anwesend gewesen.

Im Uebrigen wurde das Protocoll genehmigt.

Eingegangen waren:

1) eine Vorlage Fürstl. Regierung vom 8. d. M., den Militair-
Etat betreffend,

Anlage 48.

welcher vorerst zurückzulegen und vorläufig nicht zu drucken ist, da eine er-
gänzende weitere Mittheilung zu erwarten ist.

2) eine Vorlage derselben, den Anschluß unsers Landes an das Ver-
fassungsbündniß vom 26. Mai d. J. betr., vom 13. d. M.,

Anlage 49.

welche zum Protocoll zu drucken und der früheren Commission für die deut-
sche Frage zum Bericht zuzustellen ist.

Abg. Tenge legte sodann ein die ihn erwähnende Stelle der die Fort-
setzung der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn betreffenden Vorlage Fürstlicher
Regierung erläuterndes P. M. zur Kenntnißnahme der Abgeordneten auf
der

der Tafel des Hauses nieder und ersuchte das Bureau, das P. M. demnächst Fürstlicher Regierung zu ihren Acten mitzutheilen.

Es wurde hierauf zur zweiten Lesung der Gesetzesvorlage, die abändernden Bestimmungen zu dem Gesetze „über die Allodification der Lehen“ vom 18. Mai 1847 betr., übergegangen.

Die §§. 1. 2. 3 wurden ohne Erinnerung genehmigt.

Zu §. 4 stellte Abg. Hildebrand den Zusatz-Antrag: „Ausnahmsweise steht bei Lehen, die auf 2 oder 4 Augen stehen, das Provocationsrecht nur dem Vasallen zu.“

Abg. v. Stietencron stellte den Antrag: „§. 4 fällt weg“ — in Rücksicht darauf, daß §. 5 des Gesetzes vom 18. Mai 1847 die Bestimmung enthalte, daß nur der Vasall provociren könne.

Herr Regierungsrath Meyer: die Gründe gegen letzteren Antrag seien schon bei erster Lesung entwickelt, diese ständen aber auch dem Antrage des Abg. Hildebrand entgegen, da es sich hier darum handle, ein als schädlich erkanntes Institut baldmöglichst aufzuheben.

Abg. Petri I. war für den v. Stietencron'schen Antrag; auch er sei der Meinung, daß man mit Gewalt Niemand glücklich machen solle, das sei nur unzeitgemäße Bevormundung; §. 5. des Gesetzes von 1847 habe bisher Jedermann sehr gerecht geschienen, und dem §. 39 der Grundrechte werde damit, wenn nur die Ausnahmen, welche jenes Gesetz noch enthalte, aufgehoben würden, vollkommen genügt; zwingt man übrigens den Vasallen zur Allodification, so müsse auch eine Wohlthat für ihn darin liegen, das sei aber hier, wo nochmals eine Erbfolge bedingungsweise eintreten solle, nicht der Fall, der jetzige Besitzer erhalte keine freie Disposition, und es könne ihm gleichgültig sein, ob sein Erbe A. seinem Erben B. etwa gewisse Procente herauszahle; es sei ihm nur ein nach Erlaß der Grundrechte vorgelegtes Allodificationsgesetz bekannt, das Hessen-Darmstädtische, nach welchem der Vasall sofort freier Besitzer werde, der Lehusanwärter aber bei der ersten Vererbung auf Descendenten oder Seitenverwandte resp. 25 % oder 50 % des Werths als Entschädigung erhalte.

Abg. Meyer: die Grundrechte hätten nicht die Absicht, den Vasallen glücklich zu machen, sondern nach Wegfall des alten Schutzverhältnisses ein veraltetes feudalistisches Institut, welches die freie Disposition über das Eigenthum, also auch dessen volle Nutzung, zum Nachtheil des Staats hemme, aus dem Wege zu schaffen; deßhalb müsse aber auch eine Frist hierfür festgesetzt werden; der Zwang zur Allodification sei nur ungerecht bei Beibehaltung des premier appellé, der wegen seiner bloßen ungewissen Hoffnung auf billige Rücksichtnahme keinen Anspruch machen könne.

Herr

Herr Regierungsrath Meyer: es sei bisher immer übersehen, daß es sich auch hier, wie bei Aufhebung der Fideicommissse, um eine Aenderung der Erbfolgeordnung handle, es müsse also eine jenem Gesetze entsprechende Fassung eintreten.

Abg. Tenge war für Beibehalten des S. 4 nach erster Lesung; eine etwaige Härte für den jetzigen Besitzer könne dadurch entfernt werden, daß man erst dessen Erben die Zahlung des Allodifications-Rentecapitals auferlege.

Der Antrag des Abg. v. Stietencron wurde hierauf verworfen und S. 4 nach erster Lesung ohne den vom Abg. Hildebrand beantragten Zusatz angenommen.

Zu S. 5 (Zusatz=S. nach erster Lesung) stellte Abg. Meyer den Antrag, denselben so zu fassen:

„Der S. 8 des Gesetzes über die Allodification der Lehen vom 18. Mai 1847 ist aufgehoben.“

Die Bestimmung im S. 4 des Gesetzes über Aufhebung der Familienfideicommissse stehe nicht entgegen, zumal eine nochmalige abweichende Vererbung eines Fideicommisses nur in dem seltenen Falle eintrete, wenn der jetzige Besitzer ohne Descendenten sterbe und der Zunächstberufene schon zur Zeit der Publication des Gesetzes gelebt habe; falle hier jetzt der premier appellé und trete sofort die freie Disposition ein, so werde sogar auch eine Schwierigkeit jenes Gesetzes damit gehoben.

Abg. Petri I. stellte den Antrag, daß S. 5 gestrichen werde und danach der S. 8 des Gesetzes von 1847 in Kraft bleibe.

Einige der von ihm aufgestellten Bedenken seien zwar durch die von der Commission vorgeschlagene neue Fassung entfernt; es blieben aber folgende:

1) es müsse zu „vererbt u. auf seine ehelichen Descendenten“ hinzugefügt werden: „nach gemeinem Rechte“, sonst trete ein Erbzwang und keine freie Disposition ein;

2) da nicht alle Descendenten lehnfähig seien, so müsse im Uebrigen statt „Descendenten“ gesetzt werden: „wenn lehnfähige und nicht lehnfähige Descendenten zugleich vorhanden sind“ sonst liege eine Inconsequenz gegenüber der Bestimmung wegen des Erbgangs in der Seitenlinie vor und ein Zwischenschieben nicht lehnfähiger zwischen dem jetzigen Besitzer und den Nächstberufenen;

3) der auf das Gesetz wegen der Familienfideicommissse sich beziehende Nachsatz müsse wegfallen, sonst würden hier wieder dieselben wesentlichen Mängel eintreten, die jenes Gesetz habe. Dem gegenüber bedürfe die Bestimmung im Gesetze von 1847, die damals gerecht und billig erschienen, keiner Aenderung.

Herr

Herr Regierungsrath Meyer: seit die Bestimmung im §. 4 des Gesetzes über Aufhebung der Familiensfideicommissse vorhanden sei, bleibe nur die Alternative, jene abzuändern oder hier eine gleiche aufzunehmen; ersteres gehe aber nicht, denn ein Gesetz solle etwas stetiges sein; die Bedenken des Abg. Petri I. seien durch die neue Fassung völlig entfernt, übrigens nichts dabei zu erinnern, wenn nach „auf seine Descendenten“ hinzugefügt werde: „nach gemeinem Rechte.“

Abg. v. Stietencron stellte den Antrag:

„Durch die Allodification wird das Lehen sofort Allodium, es tritt jedoch eine Entschädigung für die nächstberufenen Erben in der Art ein, daß derselbe oder dieselben, falls sie zugleich Allodialerben sind, 25 %, falls sie nur Lehnserben oder Agnaten des allodificirenden Besitzers sind 50 % vom Werthe des Lehnguts als Entschädigung für ihre Erbansprüche haben sollen.“

Dieser Anspruch auf Entschädigung wird dann fällig, wenn der Erb-anfall des betreffenden Gutes eintreten sollte.

Der Anspruch auf diese Entschädigung kann auf Antrag ingrossirt werden.

Abg. Kulemann: er habe schon bei dem Gesetze über die Familiensfideicommissse gegen den premier appellé gestimmt und werde es auch hier thun, da er hier wie dort nicht finden könne, daß ihm Berücksichtigung zu Theil werden müsse.

Abg. Althof: die gegen die Fassung der Commission vorgebrachten Gründe motivirten ein Aufgeben derselben nicht; manche Lehen seien zugleich Fideicommissse, deshalb habe das Gesetz über letztere hier die eingetretene Berücksichtigung finden müssen; dabei werde die Freiheit des früher gebundenen Grundbesitzes auch erreicht, und wenn dieß mit einiger Unbequemlichkeit verknüpft sei, so möge man bedenken, daß dieß in Uebergangsperioden stets der Fall sei, in solchen aber die Grundsätze der Billigkeit namentlich von Denen nicht außer Acht gelassen werden dürften, deren Beschluß Gesetz werde.

Es wurde sodann von vielen Mitgliedern über alle Anträge namentliche Abstimmung verlangt.

Für den Antrag des Abg. Meyer mit Vorbehalt der Abstimmung über den Antrag des Abg. v. Stietencron stimmten hierauf mit Ja die Abgeordneten:

Hagemann, Schütz, v. Cölln, Echterling, Leizmann, Tappe, Böhmer, Bornemeyer, Hildebrand, Hausmann, Meyer, Kulemann, Bunte, Hagemeister —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

Stuck-

Stuckmann, Klocke, v. Stietencron, Wesel, Tenge, Petri I.,
Althof, Schierenberg, König —

derselbe war also mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen und dadurch der
Antrag des Abg. Petri I. und die neue Fassung der Commission beseitigt.

Für den Antrag des Abg. v. Stietencron stimmten mit Ja die Abge-
ordneten:

v. Stietencron, Wesel, Tenge, Petri I., v. Cölln, König, Bunte,
Stuckmann —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

Klocke, Hagemann, Schüb, Althof, Echterling, Leizmann, Tappe,
Böhmer, Bornemeyer, Hildebrand, Schierenberg, Hausmann,
Meyer, Kulemann, Hagemeister —

derselbe war also mit 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Abg. v. Stietencron beantragte nunmehr, hier in der Tagesordnung
abzubrechen; es sei so eben beschlossen, daß der Lehnsanwärter gar keine
Entschädigung haben solle, dagegen enthalte S. 7 eine solche in bedeutendem
Betrage für den Lehnsherrn, zwischen welchem und dem jetzigen Besitzer doch
der Anwärter noch gestanden, es werde also zweckmäßig sein, die weiteren
SS. vorab nochmals reiflich zu prüfen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

S. 6 nach erster Lesung (S. 5 des Entwurfs) wurde ohne Erinnerung
genehmigt.

Zu S. 7 (S. 6 des Entwurfs) stellte Abg. Tenge folgende Anträge:

- 1) nach dem Worte „Erbmannlehen“ werde eingeschaltet: „welche als
solche in dem Lehnbriefe bezeichnet sind“;
- 2) im 2ten Absätze heiße es statt „fünf, beziehungsweise zehn Procent“
abändernd: „drei, beziehungsweise sechs Procent.“

Abg. v. Stietencron wiederholte den in Anl. 37 der Landtagsverhand-
lungen enthaltenen Minoritätsantrag und stellte eventuell den Zusatzantrag:

„Der Werth des Lehns wird unter Zugrundelegung des Reinertrags
nach den ortsüblichen Preisen, und unter Abzug der Lehnsherrlicher Seits
über den im S. 4 vorgeschriebenen Termin hinaus consentirten Schulden
durch Taxation ermittelt.“

Es wurde hierauf S. 7 mit Vorbehalt angenommen, ebenso der vor-
behaltene erste Antrag des Abg. Tenge; der vorbehaltene zweite Antrag des
Abg. Tenge und der eventuelle Antrag des Abg. v. Stietencron wurden ab-
gelehnt. Der Hauptantrag des Abg. v. Stietencron war durch diese Abstim-
mung beseitigt.

S. 8 (S. 7 des Entwurfs) wurde ohne Erinnerung angenommen.

Abg.

Abg. Tenge beantragte sodann eine schon bei S. 8 erwähnte Bestimmung als Zusatz = S. 9, dahin lautend:

„Die Bestimmung vom S. 14. lit. b, des Allodificationsgesetzes vom 18. Mai 1847 wird aufgehoben und statt ihrer festgesetzt:

Bei den in Grundbesitz oder in besonderen Gerechtigkeiten bestehenden Lehnen tritt eine Taxation durch Sachverständige ein. Es haben dieselben den sich abzüglich der Realverbindlichkeiten und Steuern herausstellenden Reinertrag zu ermitteln und solchen als Grundlage der Werthschätzung desjenigen Objectes zu unterstellen, auf welches der nach S. 6. № 1. lit. a bis d zu gewährende Ersatz zu repartiren ist.“

Die Motive zu einer solchen begrenzenden Bestimmung lägen in dem Umstande, daß der gewöhnliche Kauf- und der Tax-Werth häufig bedeutend von einander abwichen.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, und sodann über das ganze Gesetz nach zweiter Lesung namentlich abgestimmt. Es stimmten für dasselbe mit Ja die Abgeordneten:

Hagemann, Schütz, Echterling, Leizmann, Tappe, Böhmer, Bornemeyer, Hausmann, Meyer, Kulemann, Hagemeister —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

v. Stietencron, Wesel, Tenge, Petri L., Althof, v. Cölln, Schierenberg, König, Stuckmann, Klocke —

dasselbe war also mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen, indem die Abgeordneten Hildebrand und Bunte schon vor der Abstimmung sich entfernt hatten.

Die nächste Sitzung wurde auf Morgen um 11 Uhr anberaumt und als Tagesordnung für dieselbe festgesetzt:

1) Berathung des Berichts des für den Gesetzentwurf über das Volksschulwesen gewählten Ausschusses;

2) Bericht der Commission für das Gesetz über Hudeablösungen und Gemeinheitstheilungen rücksichtlich des Schierenberg'schen die S. 27 und 29 jenes Gesetzes betreffenden Antrags;

3) Bericht der Petitionscommission.

Schluß der Sitzung um 1 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

Hildebrand.

Ulrich.

Anlage 46.

Berichtliche Erklärung

bezüglich des am 8. d. M. von dem Abg. Petri I. gestellten Antrags, Seitens der Commission wegen Allodification der Lehen, bestehend aus den Abg. v. Stietencron, Tenge, Kulemann, Meyer, Althof.

Vorsitzender und Berichterstatter: Althof.

Das in dem vorgedachten Antrage in Frage gestellte Wort „jetzigen“ bezieht sich auf denjenigen Zeitpunkt, wo binnen der 3 Jahre die Lehnallodification nach §. 27 des Gesetzes vom 18. Mai 1847 anzunehmen ist. Die Sache würde als eine Redactionsbemerkung gelten müssen, wenn nicht der §. 8 des Gesetzes bei der zweiten Lesung überhaupt eine andere Fassung erhalten sollte.

Im Uebrigen beschäftigt sich jener Antrag mit einem Beschlusse, der so von dem Landtage gar nicht gefaßt wurde, dessen beantragte Streichung daher auch nicht möglich ist.

Unter diesen Umständen vermag die Commission nur vorzuschlagen, über den Antrag vom 8. d. M. hinwegzugehen.

Die vorerwähnte andere Fassung des in Frage stehenden §. 8 des Gesetzes vom 18. Mai 1847 wird dahin beantragt:

Der Besitzer eines Lehnguts vererbt dasselbe von dessen Allodification an (§. 27 des Allodificationsgesetzes vom 18. Mai 1847) auf seine (ehelichen) Descendenten; sind solche aber zur Zeit seines Todes nicht vorhanden, so tritt noch einmal eine lehnrechtliche Vererbung auf den oder die nächstberufenen Erben ein, sofern der eine oder die mehreren zur Zeit der Allodification bereits lebten. Dieser letztere Zeitpunkt ist auch bei denjenigen Lehngütern entscheidend, die zugleich Fideicomnisse waren.

Bis

Bis zur erfolgten Allodification gelten dagegen, sowohl hinsichtlich der Vererbung eines Lehnguts, als hinsichtlich dessen etwaigen Heimfalls an den Lehnsherrn, die lehnrechtlichen Grundsätze, auch in dem Falle, wenn das Lehngut zugleich Familien-Fideicommiß war.

Beim Eintritt der vorgedachten Lehnsuccession verbleiben jedoch den Allodialerben alle ihnen rechtlich zustehenden Ansprüche an den Lehnsherrn oder die Lehnserben.

Durch diese Fassung des gesammten §. 8 werden nicht bloß zweifelhafte Auslegungen des Gesetzes genügend entfernt, sondern es wird auch bei denjenigen Gütern, welche zugleich Lehn und Fideicommiß sind, das Verhältniß gehörig festgestellt, worin beide Qualitäten zu einander stehen. Es wird daher die Annahme der obigen Fassung des §. 8 hiermit beantragt.

Diesem Antrage treten die Mitglieder der Commission: v. Stietencron und Meyer nur eventuell bei, indem beide, jedoch von einander abweichende Anträge bezüglich des §. 8 sich vorbehalten haben.

Der obige Antrag in Betreff des Antrags vom 8. d. M. ist von der Commission einstimmig gefaßt worden.

Detmold den 15. Octbr. 1849.

J. Frhr. v. Stietencron. Tenge. Meyer.

Rulemann, mit Vorbehalt des Minoritätserrachtens.

Althof.

Anlage 47.

B e r i c h t

des zur Berathung des Gesetz-Entwurfes über das Volksschulwesen gewählten Ausschusses,

bestehend aus den Abgeordneten

von Cölln, Böhmer, Hausmann, Hagemeister, Tappe, Bornemeyer, Schierenberg, Schütz, Leizmann.

Vorsitzender: von Cölln.

Berichterstatter: Leizmann.

Der Ausschuss hat sich bei näherer Prüfung des vorliegenden Gesetz-Entwurfes mit den Grundzügen desselben im allgemeinen einverstanden gefunden. Wenigstens ist die überwiegende Mehrheit des Ausschusses bei der Ansicht fest stehen geblieben, daß eine schärfere Trennung der Schule von der Kirche, als im vorliegenden Gesetz-Entwurf vorgesehen ist, in so fern sie durch die Grundrechte des deutschen Volkes nicht mit Nothwendigkeit geboten erscheint, weder in dem eigensten Interesse der Schule wünschenswerth sein dürfte, noch der Denkweise und Willensmeinung unseres Volkes entsprechen würde. Außerdem haben sich auch gegen die im Regierungs-Entwurfe festgehaltene, gewissermaßen gemischte Stellung der Schule zwischen Staat und Gemeinde, welche den wirklich bestehenden Verhältnissen unseres Landes entsprechend sein möchte, bei der Mehrheit des Ausschusses keine so erheblichen Bedenken herausgestellt, daß sich dieselbe in dieser Beziehung zur Eintragung eines einseitigen und ausschließlichen Principes in die vorliegende Gesetzes-Aufgabe hätte veranlaßt sehen können. Jedoch hat sich eine Minderheit des Ausschusses, der Abgeordnete Hausmann, welchem in dem einen oder andern Falle die Abgeordneten Tappe, Bornemeyer und Schütz beigetreten sind, nicht von der Ansicht trennen können, daß in den Paragraphen des vorliegenden Gesetz-Entwurfes der Charakter der Schule als Staatsanstalt und desgleichen ihre schärfere Trennung von der Kirche bestimmter, als die Mehrheit des Ausschusses in Uebereinstimmung

mung mit dem Regierungs-Entwurfe für heilsam erachtet, hervorzuheben wären, und diese Minderheit hat daher bei den betreffenden Gesetzesparagraphen darauf bezügliche Gutachten gestellt.

Wenn indessen auch die Mehrheit des Ausschusses oder vielmehr der ganze Ausschuss eine Reihe von Verbesserungen zu den einzelnen Paragraphen des fraglichen Gesetz-Entwurfes vorgeschlagen hat, so hat er sich dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß einestheils den Lehrern der Volksschulen eine größere Betheiligung an der Anordnung und Beaufsichtigung des eigentlichen Unterrichtswesens zuzugestehen sei, als in dem Regierungs-Entwurfe maassgebend ist; und daß andernteils diesen Männern, die ein so schweres, mühseliges, aber für die ganze Staatsgesellschaft unendlich wichtiges Amt für einen in der Regel geringen Gehalt zu verwalten haben, noch manche in den vorliegenden Gesetz-Entwurf nicht mit aufgenommene, materielle Erleichterung zu gönnen sei.

Außerdem hat sich noch bei dem ganzen Ausschusse auch die Meinung geltend gemacht, daß den Schulgemeinden selbst theils bei der Wahl des Schulvorstandes, theils bei der ihrer Lehrer, theils endlich bei der Beschlußnahme über die Aufbringung der zur Erhaltung ihrer Schulen erforderlichen Geldmittel ein größeres Maass selbstthätiger Theilnahme wünschenswerth sein müsse, als ihnen nach Ansicht des vorliegenden Gesetz-Entwurfes zugestanden bleiben sollte.

Aus allen diesen Gründen beschränkt sich der Ausschuss auf folgende Abänderungsvorschläge zu den einzelnen Paragraphen des in Berathung gezogenen Entwurfes:

ad S. 2. Derselbe soll heißen: Die Volksschulen stehen unter Oberaufsicht und Leitung des Staats.

Minoritätserachten.

ad S. 2. Die Volksschulen sind Staatsanstalten unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden. Hausmann.

ad S. 5. Am Schlusse soll es statt der Worte: „welche zu den Schulbedürfnissen beisteuern“ heißen: welche in der Gemeinde stimmberichtigt sind.

ad S. 6. Der letzte Satz dieses S. ist zu streichen.

ad S. 8. Zu diesem S. wird der Zusatz vorgeschlagen: Wenn Prägrava-
tion statt findet, trägt der Staat die Kosten der Umschulung.

ad S. 12. Hinter dem Wort „erfolgen“ ist einzuschalten: unter Leitung und Oberaufsicht des Staats.

ad S. 13. Die Worte: „die Lehrern aber durch seine Handlungen verpflichtet“ sind zu streichen.

ad S. 14. Der dritte Satz dieses S. soll heißen: „Er wird ferner durch

durch Vermittlung des mit der speciellen Aufsicht Beauftragten dahin sehen u. s. w." Der Schlusssatz aber ist ganz zu streichen.

ad S. 16. Unter lit. c. ist die vorliegende Bestimmung ganz zu streichen und statt deren zu setzen: „der oder die Hauptlehrer, jedoch nicht bei Berathungen über persönliche Angelegenheiten und Geldbewilligungen.

Minoritätserachten:

Unter lit. a. ist die Bestimmung (der Prediger als ständiges Mitglied im Schulvorstande) ganz zu streichen. Hausmann. Bornemeyer.

ad S. 17.

Minoritätserachten:

Der zweite Satz dieses S. soll bloß heißen: In den Städten und auf dem Lande u. s. w. Hausmann. Bornemeyer. Tappe.

ad S. 18. Die Schlussworte des S.: „und 30 Jahr alt“ sind zu streichen.

ad S. 19. Der Ausschuss wünscht, daß alle 3 Jahre eine Erneuerung des Schulvorstandes zur Hälfte statt finde.

ad S. 20. Der Schlusssatz des S. soll heißen: Von der getroffenen Wahl ist der Oberschulbehörde Anzeige zu machen.

ad S. 22.

1) Minoritätserachten:

Die Worte „dessen Mitglieder dem Unterrichte beliebig beiwohnen können“ sind zu streichen. Bornemeyer.

2) Minoritätserachten:

Zu dem S. ist noch der Zusatz zu machen: Zur Erinnerung und Zurechtweisung während des Unterrichts ist dasselbe nicht befugt.

Hausmann. Bornemeyer. Tappe. Schüp.

ad S. 23. Die beiden ersten Sätze des S. sollen heißen: Der Schulvorstand hat die Amtsführung der Lehrer zu überwachen. Die etwa von ihm nöthig befundenen Erinnerungen u. s. w.

Minoritätserachten:

Im zweiten Satze ist das Wort: „Zurechtweisung“ zu streichen.

Hausmann. Tappe. Schüp.

ad S. 24. Im ersten Satze muß es statt „des Schulvorstandes“ heißen: des im S. 22 speciell Beauftragten.

ad S. 28. Statt „einmal in jedem Monat“ ist zu setzen: in jedem Vierteljahre.

ad S. 31. Statt „die Lehrer“ ist zu setzen: die Nebenlehrer.

ad S. 36. Zu diesem S. soll der Zusatz kommen: Zu diesen sind zwei durch die Lehrer aus ihrer Mitte auf 6 Jahr gewählte Volksschullehrer zur Begutachtung des Unterrichtsplans, der Lehrbücher u. s. w. hinzu zuziehen.

1) Minoritätserachten:

Das kirchliche Mitglied der Oberschulbehörde ist ganz zu streichen. Hausmann.

Das kirchliche Mitglied der Oberschulbehörde ist nur in Religionsangelegenheiten stimmberechtigt. Tappe.

ad S. 38. Der Schlusssatz soll heißen: Nach Befinden u. s. w. werden für

für einzelne Kreise besondere Schulinspektoren durch die Lehrer aus ihrer Mitte (auf 6 Jahr) gewählt.

ad S. 40.

Minoritätsräthen:

Der erste Satz soll heißen: Die Lehrer sind Staatsdiener.

Hausmann. Tappe. Schüg.

ad S. 41. Der S. soll heißen: Für die Bildung der lippischen Volksschullehrer besteht ein Landesseminar. Um als Lehrer wählbar zu sein, muß man mit einem Zeugniß der Reife von der Oberschulbehörde versehen sein.

ad S. 42. Der S. soll heißen: Ausländer sind nur in Ermangelung qualifizirter Einheimischer zuzulassen.

Minoritätsräthen:

Der S. ist zu streichen.

Schierenberg. Leizmann.

ad S. 48. Im zweiten Satze soll statt der Worte „der betreffende Schulvorstand“ gesetzt werden: die betreffende Schulgemeinde.

ad S. 49. Dieser S. ist zu streichen.

ad S. 54. Am Schlusse des S. sind noch die Worte anzufügen: deren Revision vorbehalten wird.

ad S. 65. Statt der Worte „dem Schulvorstande“ ist zu setzen: dem Vorsitzenden des Schulvorstandes.

ad S. 69. Die Worte „auf dessen Verlangen“ sind zu streichen.

ad S. 78. Als Zusatz soll angefügt werden: die monatlich einzureichenden Absentenlisten haben öffentlichen Glauben.

ad S. 84. Am Schlusse sind die Worte beizufügen: insbesondere aus der Landes- und Vaterlandskunde.

ad S. 85. Die Worte des S. „und von dem Schulvorstand genehmigten“ sind zu streichen.

ad S. 89. Dieser S. soll heißen: Jeder Lehrer ist verpflichtet, wöchentlich 26 Stunden Unterricht zu erteilen. Davon kommen täglich 3 Stunden auf den Vormittag und 2 Stunden, mit Ausnahme des Mittwochs und Sonnabends, auf den Nachmittag.

Minoritätsräthen:

Im letzten Absatze des S. ist hinter dem Worte „sollen“ das Wort: thunlichst einzuschalten.

Hausmann. Bornemeyer. Hagemeister. Leizmann.

Majoritätsräthen:

Als Zusatz zu dem S. ist zu stellen: Die Oberklasse ist nur in den Morgenstunden zu unterrichten.

v. Cölln. Schierenberg. Böhmer. Tappe. Schüg.

ad S. 92. Hinter den Worten: „Verrichtung häuslicher Geschäfte“ sind die Worte einzuschalten: während der Unterrichtsstunden.

ad S. 98. Der Nachsatz im ersten Satze soll heißen: so hat der Schulvorstand, wenn keine gütliche Beilegung erfolgt, der Oberschulbehörde darüber Anzeige zu machen.

ad S.

ad S. 99. Statt des Wortes „körperliche“ ist zu setzen: gesundheits-
gefährliche.

ad S. 101. Unter Ziffer 5) ist nach Neujahr ein Punktum zu setzen
und die übrigen Worte sind zu streichen.

ad S. 104. Dieser S. ist zu streichen.

ad S. 105. Dieser S. soll heißen: Der Oberschulbehörde steht die Dis-
ziplinarstrafgewalt zu, welche sie nach Anleitung des Staatsdienstgesetzes auf
Vericht des Schulvorstandes ausüben wird.

ad S. 107. Im Anfange des S. soll es heißen: Das jährliche Dienst-
einkommen eines ordentlichen Hauptlehrers soll nebst freier Wohnung
nicht unter 150 Rthl. u. s. w.

ad S. 109. Im zweiten Absatz sind die Worte „freie Wohnung“ zu
streichen.

ad S. 110. Der letzte Satz des S. ist zu streichen und dafür zu setzen:
Sollten bei einer neuen Organisation der Kirche die kirchlichen Funktionen
der Lehrer aufhören, so ist ihnen für die damit verbundenen Dienstekom-
men eine hinreichende Entschädigung zu gewähren.

ad S. 112.

Minoritätsverachten.

Es ist der Zusatz zu machen: Veräußerungen und Veränderungen können nur mit
Genehmigung der Oberschulbehörde geschehen, und ist dann der Lehrer erforderlichen
Falls entsprechend zu entschädigen. v. Cölln.

ad S. 113. Im Schlusssatze sind die Worte: „vorerst und bis auf
weiteres“ zu streichen.

ad S. 115. Statt der Worte: „in bisheriger Weise aus den dazu be-
stimmten Fonds“ ist bloß zu setzen: aus Staatsmitteln.

ad S. 116. Dieser S. soll lauten: Die Kosten und die Beforgung der
Schulstubenheizung liegen der Schulgemeinde ob, insoweit nicht schon Mittel
dafür angewiesen und vorhanden sind.

ad S. 117. Es wird die Anfügung des Zusatzes vorgeschlagen: Die
Umzugskosten fallen zur Hälfte auf die Schulgemeinde.

ad S. 120. Der S. soll lauten: Die Zahlung der Pension erfolgt aus
der Staatskasse.

ad S. 121. Den Schlussworten des S. soll noch hinzugesetzt werden:
und in dringenden Fällen aus Staatsmitteln zu erhöhen hat.

ad S. 123. Der S. soll heißen: Der in seinem Amte unterstützte Leh-
rer hat u. s. w. und die nöthige Aufwartung gegen eine nach dem Ermes-
sen der Oberschulbehörde festzusetzende und aus Staatsmitteln zu gewährende
Vergütung zu übernehmen. Die sonstige Remuneration ist auf die Staats-
kasse zu übernehmen.

ad S.

ad S. 125. Der Ausschuss meint, daß bei Um- und Neubauten noch eine dritte Stube für den Lehrer, respective Nebenlehrer, einzurichten und wo es das Bedürfniß erheischt, auch ein Backofen anzubringen sei.

ad S. 126. Hinter dem Worte „angemessen“ ist einzuschalten (S. 125).

ad S. 127. Als Zusatz zu diesem S. wird vorgeschlagen: Es ist Sorge zu tragen, daß jedem ständigen Landschullehrer der Bezug des durchschnittlichen Hausbedarfs an Milch und Gemüse mittelst Gütergenusses ermöglicht werde.

Minoritätsverhalten:

Dieser S. ist zu streichen.

Vornemeyer.

ad S. 130. Dem Schlusse des S. ist noch anzufügen: und wenn der Kostenbetrag 25 Rthl. übersteigt, die Genehmigung der Gemeinde einzuholen.

ad S. 131. Die Anfangsworte des S. müssen nun heißen: Wenn der Schulvorstand oder Gemeinderath sich weigert u. s. w.

ad S. 133. Statt der Ziffer 25 ist die Ziffer 50 zu setzen.

ad S. 134. Der S. soll lauten: Das Weissen sämtlicher Zimmer, Reinigen der Ofen, der Schornsteine, Einsetzen zerbrochener Fensterscheiben u. s. w. hat der Lehrer gegen Empfang einer entsprechenden Aversionssumme aus der Schulkasse selbst besorgen zu lassen. Der Schlusssatz ist dann zu streichen.

ad S. 135.

Minoritätsverhalten:

Die Schlussworte im zweiten Absatz des S. sollen heißen: liegen die vorgedachten Verpflichtungen dem angestellten Schulwärter unter Oberaufsicht der Lehrer ob.

Böhmer.

Detmold am 16. October 1849.

Hausmann. Tappe. Hagemeister. Böhmer.
Schierenberg. Vornemeyer. Schütz. v. Cölln.
Leizmann.

Anlage 48.

Dem auf den 18. December v. J. zusammen berufenen Landtage wurde ein vorläufiger Etat über die Bedürfnisse der Militärcasse für das Jahr 1849 mit der Eröffnung vorgelegt, daß in demselben der Bedarf nachgewiesen sei, welchen die Unterhaltung der im Dienst befindlichen Mannschaft erfordere; daß das weitere Bedürfnis noch zur Zeit nicht sich übersehen lasse und daß eine Vorlage darüber dem nächsten Landtage gemacht werden solle.

In jenem Etat war unter den angegebenen Voraussetzungen der Bedarf für das Militär im Betrage zu 34,845 Rthl. ausgeworfen und zu dessen Deckung ein Zuschuß aus der Landcasse in monatlichen Raten von 2500 Rthl. in Anspruch genommen worden. Die Voraussetzungen, von welchen dabei ausgegangen wurde, waren: daß es gestattet sein werde, ohne Vermehrung des Officier-Corps, in 4 Compagnieen, 60 Unterofficiere und 170 Soldaten präsent zu halten.

Diese Voraussetzungen sind nicht eingetreten; die Zeitverhältnisse haben vielmehr eine außerordentliche Vermehrung des Bundes-Contingents und dessen Ausrüstung nöthig gemacht, und sind dadurch die Ausgaben für das Militär in enormer Weise gesteigert worden.

Die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 15. und 22. Juli v. J. hatten eine Vermehrung der deutschen Streitkräfte bis auf 2 Proc. der Bevölkerung genehmigt und zur Vollziehung der für nöthig erachteten Maßregeln der provisorischen Centralgewalt den Auftrag ertheilt. Das Reichs-Kriegs-Ministerium erließ demgemäß auch hierher die Aufforderung, das seitherige Bundes-Contingent, in 720 Mann bestehend, auf 2160 Mann und zwar in der Weise zu vermehren, daß davon drei Vierteltheile oder 1620 Mann activ gehalten werden sollten, während das letzte Vierteltheil, in 540 Mann bestehend, als Reserve zu führen war.

Um dieser Anordnung zu entsprechen, wurde durch die Verfügung vom 29. August v. J. die nachträgliche Einziehung von 800 Recruten und zwar von 200 aus dem Lösungsjahre 1845, von 300 aus dem Lösungsjahre 1846 und von 300 aus dem Lösungsjahre 1847, sowie deren theil-

An
den Landtag.

weise Einübung bis gegen Ende October verordnet und zur vollständigen Bildung des Contingents durch die weitere Verfügung vom 2. Januar 1849 die Einbeorderung von 600 Conscripten aus dem Lösungsjahre 1848 befohlen.

Wenn gleich auf solche Weise die nach dem Beschlusse der Nationalversammlung auf das Fürstenthum fallende Mannschaft gestellt war, so erachtete doch das Reichs-Ministerium die getroffenen Anordnungen nicht für ausreichend. Zunächst nämlich wurde von demselben verlangt, daß für das, nach der Bundes-Kriegs-Verfassung in Cavallerie und Artillerie zu stellende Contingent ein Ersatz in Infanterie, und zwar von 3 Mann Infanterie für 1 Mann Cavallerie und Artillerie, geleistet werde, wodurch eine weitere Vermehrung des Contingents bis zur Stärke von mehr als 3000 Mann nöthig geworden sein würde.

Die Regierung wandte jedoch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel auf, um die Ausführung einer Maßregel zu hintertreiben, welche die durch die Vermehrung des Contingents dem Lande aufgelegte große Last bis ins Unerträgliche gesteigert haben würde und es ist dieselbe dann auch nicht zur Vollziehung gekommen.

Den von der Centralgewalt getroffenen weiteren Anordnungen mußte dagegen, nachdem eine Inspection des Contingents und eine Revision des vorhandenen Kriegsmaterials durch den Abgeordneten derselben, General-Major Spangenberg, stattgefunden hatte, Folge gegeben werden.

Diese Anordnungen bestanden in der Completirung des Officier- und Unterofficier-Corps, in der Zusammenziehung und Einübung der Recruten, in der vollständigen Armirung und Uniformirung der beiden, aus dem Contingent zu bildenden und zum Ausmarsch parat zu haltenden Bataillone.

Es wurde ihnen genügt:

1) dadurch, daß der zur Gendarmerie kommandirte Hauptmann Hornhardt und der mit Aussetzung von Wartegeld beurlaubte Hauptmann Restner zum activen Dienst herangezogen, der Hauptmann Großkopf zum Major, die Premier-Lieutenants Falkmann, v. Erterbe und Kellner I. zu Hauptmännern, der Premier-Lieutenant v. Meien zum Stabs-Capitain, die Seconde-Lieutenants Mohdewald, Kellner II., Großkopf und Pustkuchen zu Premier-Lieutenants, die Portepeeführer Eschenburg und Kellner III., sowie die Feltwebel Landgraf I., Hanke, Schulz und Landgraf II. zu Seconde-Lieutenants befördert wurden.

Die Zahl der Officiere reichte nunmehr aus, um den vier Compagnien des einen Bataillons, wenn dessen Ausmarsch nöthig werden sollte, jeder 3 Officiere, einen Hauptmann, einen Premier-Lieutenant, einen

Se-

Seconde-Lieutenant, außer dem Commandeur und dessen Adjutanten, zuzutheilen; während dem zweiten Bataillon zwei Officiere für jede Compagnie, welche zur vorläufigen Einübung der Mannschaft für ausreichend gehalten wurden, verblieben.

2) Die Anzahl der schon eingeübten Soldaten war sehr gering, weil im Jahre 1847 der herrschenden Theuerung wegen von den zum activen Dienste einberufenen Conscripten nur 100 Mann 4 Wochen hindurch in den Waffen geübt waren und weil im Jahre 1848 seit dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 15.—22. Juli eine zu kurze Zeit übrig blieb, um die vollständige Einübung vorzunehmen. Es war daher nicht zu vermeiden, daß vom Anfang des Monats Februar d. J. an fortdauernd 1000 bis 1200 Soldaten zum Zweck des Exercirens zusammengezogen und theils in Detmold, theils in Lemgo einquartirt wurden.

3) Die Ausgaben für die Armatur konnten, da eine genügende Anzahl von Gewehren vorhanden war, sehr beschränkt werden; dagegen ließ sich die Herbeischaffung der Uniformstücke und des erforderlichen Lederzeugs um deshalb nur mit einem großen Kosten-Aufwande bewerkstelligen, weil es nöthig wurde, zur Gleichstellung des Contingents mit den übrigen deutschen Truppen, völlig neue Uniformen: Waffenröcke und Helme, einzuführen.

Nachdem die Ausrüstung in der vorgeschriebenen Weise bewerkstelligt war, erfolgte dann vom Reichs-Ministerium der Befehl, das eine Bataillon mobil zu machen und zum Reichskriege nach Schleswig-Holstein ausmarschiren zu lassen. Es ließ sich das nicht bewerkstelligen, ohne daß wiederum sehr bedeutende Ausgaben der Militärcasse daraus erwachsen wären. Denn es waren den ausmarschirenden Truppen die, vom Reichs-Ministerium in den für das deutsche Reichsheer erlassenen Verwaltungs-Grundsätzen zugestimmten Mobilmachungs-Gelder auszuzahlen; es waren zur Vervollständigung des Trains neue Wagen und die zur Bespannung des Fuhrwerks erforderlichen Pferde anzuschaffen; endlich aber waren auch die Kosten vorzuschießen, welche die Unterhaltung des Bataillons im Felde veranlaßte.

Die außerordentlichen Ausgaben, welche der Militärcasse auf solche Weise erwachsen, sind in der

Anlage 1.

möglichst vollständig verzeichnet worden.

Die Belege, welche die Richtigkeit der ausgeworfenen Summen nachweisen, befinden sich bei der Rechnung vom laufenden Jahre und werden mit der letztern den Ausschuß-Deputirten in dem demnächstigen Rechnungs-Abnahme-Termine vorgelegt werden.

Ueber die Art und Weise, wie jene Ausgaben gedeckt werden sollten, hat eine Berathung mit den Ausschuß-Deputirten stattgefunden, nachdem ihnen ein Voranschlag über dieselben, soweit sie sich damals übersehen ließen, vorgelegt war. In Folge jener Berathung sind nun die ausstehenden Capitalien der Militärcasse mit möglichster Schonung der Schuldner nach und nach eingezogen worden und steht es zu hoffen, daß dieselben ausreichen werden, den außerordentlichen Bedarf zu decken.

Außer den Verwendungen für das Militär veranlaßte dann auch noch die Aufbringung der von dem hiesigen Fürstenthum nach dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 14. Juni 1848 zu zahlenden Beiträge zu den Kosten, welche die Bildung einer deutschen Kriegsflotte veranlaßte, außerordentliche Ausgaben, welche auf keine der Landescassen etatmäßig angewiesen waren und nach dem Beschlusse der Regierung durch erhobene Militärcasse-Capitalien berichtigt sind.

Der außerordentliche Aufwand, welchen die Militärcasse in Folge der Beitereignisse hat leisten müssen, beträgt 76,444 Rthl. 27 Sgr. 1 pf.

Nach vollendeter Einübung der Soldaten des I. Bataillons und nach der Rückkehr des II. Bataillons aus Schleswig-Holstein haben Beurlaubungen im ausgedehntesten Umfange stattgefunden; indeß ist es doch nicht möglich gewesen, die Zahl der im activen Dienste zurückgebliebenen Soldaten soweit zu reduciren, als es nöthig wäre, um von jezt an den vom Landtage genehmigten Etat der Militärcasse inne halten zu können.

Die Regierung hat jene Beurlaubungen in der Weise eintreten lassen, daß jeder Soldat, welcher darauf antrug, nach Hause entlassen ist; dagegen hat sie noch zur Zeit Anstand genommen, den Urlaub gegen ihren Willen auch solchen Soldaten zu ertheilen, welche durch den Eintritt in den Militärdienst ihrem bürgerlichen Beruf entzogen waren und nicht im Stande sind, für sich sofort wieder ein Unterkommen auszumitteln.

Außerdem ist es unthunlich, die Zahl der Officiere und Unterofficiere beliebig zu reduciren und dürfte es nicht gestattet sein, die Cadres der beiden Bataillone aufzulösen, so lange der Beschluß der Nationalversammlung wegen Vermehrung der Streitkräfte auf 2 Proc. der Bevölkerung Gültigkeit hat.

Gegenwärtig sind in den beiden Bataillonen im Dienst außer den Officieren 8 Feldwebel, 31 Sergeanten, 3 Fouriere, 47 Corporale und 312 Spielleute und Soldaten. Mit Einschluß des Unterstabs und der Reserve beträgt die im Dienst befindliche Mannschaft 445 Mann, während bei Aufstellung des Etats im Anfang des Jahrs vorausgesetzt wurde, daß die
Zahl

Zahl der im Dienst befindlichen Soldaten auf 274 Mann sich werde beschränken lassen.

Die durch Vermehrung der im Dienst stehenden Soldaten erwachsenen Ausgaben sind in dem neu aufgestellten Etat der Militaircasse

Anlage 2 mit Nebenanlage, berücksichtigt worden. Es ist darin die bisherige Etatsumme gleichfalls ausgeworfen und wird durch die beigelegten Erläuterungen die Mehrausgabe gerechtfertigt erscheinen. Für die letzten 4 Monate des Jahres wird danach zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben die Landcasse, statt des bisher geleisteten Zuschusses von 2500 Rthl. monatlich, einen solchen von 4200 Rthl. zu leisten haben.

Die definitive Feststellung des Militair-Etats für die Zukunft hängt von der künftigen Wehrverfassung Deutschlands ab und läßt sich daher ein zuverlässiger Voranschlag über die Kosten, welche die Unterhaltung des Bundes-Contingents dem Lande verursachen wird, noch zur Zeit nicht aufstellen.

Die Regierung wird bemüht sein, in aller Weise und soweit es der Zweck gestattet, Ersparnisse eintreten zu lassen, wenn gleich es nicht ausführbar sein wird, die Ausgaben auf den frühern Betrag zu vermindern, solange der Beschluß der National-Versammlung wegen Vermehrung der Streitkräfte auf 2 pre. der Bevölkerung Gültigkeit hat.

In Beziehung auf das in der Nebenanlage A. zur Anlage 2 beigelegte Verzeichniß des Dienst-Einkommens des Officier-Corps ist zu bemerken: daß die Gage der beiden Majore und der beiden ältern Capitains mit den, in den andern deutschen Staaten bewilligten Gagen in keinem Verhältniß steht und daß daher die Regierung sich für verpflichtet erachten muß, die Festsetzung der Gage der Majore auf 1000 Rthl. und der beiden ältesten Capitaine auf 800 Rthl. für jeden in Antrag zu bringen.

Dem jüngsten Hauptmann Kellner I. ist beim Ausmarsch nach Schleswig-Holstein eine Gage von 40 Rthl. monatlich ausgesetzt; dem Stabs-Capitain von Meien aber die Premier-Lieutenants-Gage nicht erhöht worden. Es wird jedoch die Genehmigung des Landtags dazu erbeten, daß beiden an Servis der Betrag von 60 Rthl. jährlich von Neujahr k. J. an bewilligt werde.

Den 6 jüngsten Seconde-Lieutenants ist eine Gage von 20 Rthl. monatlich ausgesetzt, während früherhin die Seconde-Lieutenants sofort mit 24 Rthl. monatlich gagirt wurden. Die Regierung beabsichtigt, den letztern Betrag nach Verlauf einer dreijährigen Dienstzeit wiederum im
Etat

Etat zum Ansatz zu bringen und künftig den Seconde-Lieutenants im Beginn ihrer Dienstzeit regelmäßig nur 20 Rthl. zu verwilligen.

Die beiden Garnison-Militairärzte, Dr. Oltendorf und Hofchirurgus Mosel, haben in Folge der Vermehrung des Militairs und der großen Zahl von Soldaten, welche sich fortwährend im activen Dienst befindet, einen sehr erheblichen Zuwachs an Geschäften und ist deshalb von Beiden um eine Verbesserung ihres Gehalts nachgesucht worden. Die Regierung hat noch zur Zeit Bedenken getragen, auf die Gewährung des Gesuches einzugehen; sie hält jedoch dafür, daß, so lange die jetzigen Verhältnisse dauern, eine jährliche Gratification von 50 Rthl. jedem der beiden Aerzte zu bewilligen sei.

Die neu angestellten Aerzte: Schuster, Clasing und Theopold erhalten die für sie ausgeworfene Gage als Wartegeld und sind dagegen verpflichtet, sobald es sich als nothwendig ergiebt, in den Militairdienst wieder einzutreten.

Für den Compagnie-Chirurgus Harland wird dagegen das ihm seither bewilligte Wartegeld von Neujahr k. J. an aus der Militaircasse nicht weiter zu zahlen sein, da derselbe nach beigebrachtem ärztlichen Zeugnisse nicht im Stande ist, in das frühere Dienst-Verhältniß zurückzutreten.

Dagegen wird demselben wegen seiner Leistungen als Armenarzt im Amte Lage ein angemessener Gehalt aus der Medicinalcasse zu verwilligen sein.

Die Prüfung und Genehmigung des vorgelegten Etats und der obigen Vorschläge wird hiernach anheim gegeben.

Detmold, den 8. October 1849.

Fürstlich Lippische Regierung.
Petri.

Anlage 1.

Zu Anlage 48.

Specification der außerordentlichen Ausgaben der Militaircasse
im Jahre 1849.

	fl	gr	sch	Bemerkungen.
I. Ausrüstung des Contingents.				Das für das Militair ver-
A. Montur.				brauchte Tuch ist wiederum
Zur vollständigen Uniformirung				zum größern Theil unmittel-
der beiden Bataillone des Contingents				bar aus Fabriken bezogen.
sind an Uniformstücken neu angefer-				Früherhin wurden gezahlt
tigt worden:				für graues Tuch . . 23 fl
917 Mäntel; 1647 Waffenröcke;				grünes Tuch . . 28 fl
1834 Tuchhosen; 811 linnene Hosen;				rothes Tuch . . 36 fl
1624 Paar Tuch-, 800 Paar linnene				schwarzes Tuch . 26 fl
Gamaschen; 880 Feldmützen; 352				für die Berliner Elle.
Paar Fausthandschuhe; 803 Unter-				Jetzt sind gezahlt worden
hosen.				für graues Tuch: 21½ fl
Dazu sind angekauft worden:				22½ fl, 23 fl und 24½ fl
8660¾ Ellen graues Tuch				für grünes Tuch: 24½ fl
4557¼ = grünes Tuch				26 fl und 27 fl
608½ = rothes Tuch				rothes Tuch . 32 fl
34 = gelbes Tuch				schwarzes Tuch . 26½ fl
500 = schwarzes Tuch				und zwar von grauem Tuche
21631¾ Ellen linnen	2103	6	3	2000 Ellen à . . 21½ fl
2400 = Futterkattun	280	—	—	2900 Ellen à . . 22½ fl
77½ = Wachseleinwand	40	—	—	1400 Ellen à . . 24½ fl
für Knöpfe	551	5	9	der Rest zu . . . 23 fl
= Haken und Dese	17	15	—	vom grünen Tuche:
Schneiderlohn	2608	21	7	2000 Ellen à . . 24½ fl
2076 Paar Schuhe	3287	—	—	1000 Ellen à . . 26 fl
2000 = Socken	490	—	—	der Rest zu . . . 27 fl
1358 Hemden	963	18	4	
1162 Unterhosen	531	—	—	
1510 Halsbinden	276	25	—	
800 Dressjacken	541	26	6	

1600 Gel=

	fl	gr	sch	Bemerkungen.
1600 Helme, incl. der Stempel zu den Schilden;	4471	—	—	
für goldene Dressen zc.	199	29	11	
= Leder und Handwerkszeug zu Schuh-Reparaturen	326	10	6	
Summa ad I. A. =	3115	6	10	
B. Lederzeug:				
901 Tornister	3044	10	—	
577 Patrontaschen				
400 Feldkesselriemen				
16 Tambour = Schurz felle				
für die Umarbeitung des alten Lederzeuges	1228	24	3	
für Lack zu Patrontaschen	2	25	—	
= 1607 Tornisterhaken	377	10	2	
= 1600 Zündhütchen = Dosen				
= 1600 Leibriemen = Schlösser				
= lederne Ueberzüge zu den Instrumenten der Hornisten	400	—	—	
für Besetzung der Säbeltaschen	35	14	6	
= das Anpassen des Lederzeuges	8	20	—	
Summa ad B. =	5104	23	11	
C. Armatur:				
652 Säbel	1043	—	—	
1200 Soldaten-, 60 Unterofficier = Portepées	318	10	—	
100 Gewehr = Riemen	25	—	—	
1000 Piston = Futterale	33	10	—	
für Regenproppen und dergl.	14	1	4	
100000 Zündhütchen	167	25	—	
1000 Pfd. Pulver	203	22	6	
52 Federhaken	26	—	—	
2372 Pfd. Blei	379	21	2	
Summa ad C. =	2211	3	—	
D. Kochgeschirr, Wagen und Train:				
800 Brodbentel	103	10	—	

	sp	sp	h	Bemerkungen.
880 Kochgeschirre	831	3	4	
die Ueberzüge für dieselben	139	6	8	
Instandsetzung der alten Wagen . .	102	12	1	
3 neue Wagen	477	15	—	
23 Pferde mit Geschirr	2627	23	2	
Fütterung der Pferde und Beschlag	102	3	5	
desgl. nach der Rückkehr	143	19	2	
Bekleidung der Trainsoldaten . . .	46	12	6	
Summa ad D. =	4573	5	4	
Für die verkauften Pferde sind auf-	1833	—	—	
gekommen				
bleiben =	2740	5	4	
II. Kosten der Einquartirung des				
Contingents während der Ein-				
übung:				
in Detmold, vom 8. Febr. bis 14.				
Juli	1976	28	—	
in Lemgo, vom 20. März bis 26.				
April	3063	13	9	
Summa ad II. =	5040	11	9	
III. Mobilmachung des Contingents:				
Equipirungsgelder für 6 Lieutenants	600	—	—	
„ „ den Bataillons-				
arzt	150	—	—	
Equipirungsgelder für zwei Militair-				
ärzte	80	—	—	
Equipirungsgelder für den Auditeur	100	—	—	
für drei Dienstpferde	436	10	—	
Mobilmachungsgelder für das II. Ba-				
taillon	2672	—	—	
desgleichen für den Train	31	15	—	
für angeschaffte Medicamente . . .	67	10	11	
Summa ad III. =	4137	5	11	
IV. Kosten des Marsches und				
der Unterhaltung des II. Ba-				
taillons im Felde:				
Transportkosten auf der Eisenbahn				
nach Minden	160	28	—	
	2			

Trans.

	fl.	gr.	sch.	Bemerkungen.
Transportkosten nach Haaburg .	1136	8	9	
" für den Train .	162	3	4	
der Kriegscasse des II. Bataillons	13020	17	6	
Rückmarsch: den Noncombattanten für freie Verpflegung .	53	—	—	
Transport auf der Eisenbahn .	1361	7	—	
Summa ad IV. =	15894	4	7	
V. Beiträge zur Deutschen Flotte.				
der erste Beitrag	6801	7	2	Die Zahlung der zweiten Hälfte ist noch zur Zeit aus- gesetzt.
" zweite Beitrag zur Hälfte . .	3400	18	7	
Summa ad V. =	10201	25	9	
Zusammentrag:				
I. A. Montur	31115	6	10	
B. Lederzeug	5104	23	11	
C. Armatur	2211	3	—	
D. Train	2740	5	4	
II. Einquartirungskosten . . .	5040	11	9	
III. Mobilmachungskosten . . .	4137	5	11	
IV. Kriegskosten	15894	4	7	
V. Flottenbeiträge	10201	25	9	
Summa =	76444	27	1	

Anlage 2.

Zu Anlage 48.

Etat der Militaircasse.

Nach dem Bedarf für die letzten vier Monate des Jahres 1849.

Tit.	Ausgabe.	bisherige Etatsumme.		jetziger Be- darf.		Bemerkungen.
		₰	Gr.	₰	Gr.	
III.	Verwaltung	565	—	565	—	
IV.	Ausgaben für das active Mi- litair:					
	A. Sold:					
	I. Löhnung:					
	a) Unterstab . .	1446	—	1806	—	
	b) die Compagnien	8604	—	14832	—	
	c) die Reserve .	1227	—	1227	—	
	II. Gage	8833	20	12,157	20	
	B. Brod	2500	—	3500	—	
	C. Krankenpflege . .	400	—	600	—	
	D. Montur	800	—	1600	—	
	E. Armatur	150	—	250	—	
	F. Schreibmaterialien .	140	—	200	—	
	G. Militairgebäude .	800	—	1200	—	
V.	Pensionen	2100	—	2100	—	
VI.	Beitrag zu den Bundesfestun- gen	3960	—	3960	—	
VII.	Quartier-Vergütung . .	800	—	3222	—	
VIII.	Militair-Menage . . .	1520	—	1520	—	
IX.	Vermischt	1000	—	1500	—	
	Summa	34,845	20	50,239	20	

Erläuterungen:

1) ad IV. A. I. a.

Die Löhnung des Unterstabs erhöht sich durch die Anstellung

- 1) des Musikmeisters Räuber mit einer monatlichen Gage von 24 Rthl.,
 - 2) des Bataillons-Lambours Meier desgl. 6 Rthl.,
- jährlich um 360 Rthl.

2) ad IV. A. I. b.

Die 8 Compagnien bestehen gegenwärtig aus

8 Feldwebeln à 8 Rthl. Monats-Gage	64 Rthl.
31 Sergeanten à 6 Rthl.	186 "
3 Fourieren à 6 Rthl.	18 "
47 Corporalen à 4 Rthl.	188 "
312 Spielleuten und Soldaten à 2½ Rthl.	780 "

Dieselben erhalten monatlich 1236 Rthl.

oder im Jahre = 14832 Rthl.

3) ad IV. A. II. ist ein specielles Verzeichniß beigelegt. (Siehe Nebenanzl. A.)

4) der berechnete Zuwachs ad IV. B. C. D. E. F. G. beruht auf den seither gemachten Erfahrungen und auf dem Umstande, daß sich fortwährend, statt 274 Mann, wie bei Aufstellung des Etats angenommen wurde, 445 Mann im Dienst befinden.

5) ad VI. Nach einer Verfügung des Reichsministeriums sollte zu den Baufonds der Festungen Ulm und Rastatt ein außerordentlicher Beitrag von 2474 Rthl. 1 Sgr. 6 Pf. gezahlt werden. Die Zahlung ist indeß, wegen der eingetretenen Zeitverhältnisse, nicht geleistet worden und wird vorläufig noch ausstehen können.

6) Durch die neu eigestellten Officiere vermehrt sich die Ausgabe für Servis jährlich um 370 Rthl.

Außerdem muß die um 171 Mann vermehrte Zahl der im Dienst befindlichen Soldaten für Geld einquartiert werden und beträgt die Ausgabe dafür durchschnittlich 1 Sgr. pr. Tag oder im Jahr 12 Rthl. Es beträgt demnach die Ausgabe 2052 "

Die seitherige Etatssumme war 800 "

facit = 3222 Rthl.

7) Die vermischten Ausgaben haben sich gleichfalls vermehrt, indeß ermag der Zuwachs nicht genauer nachgewiesen zu werden.

Nebenanlage A. zu Anlage 2.

Zu Anlage 48.

Dienst Einkommen der Officiere und Militairbeamten.

		Gage.		Servis.		Jourage- Vergütung.	
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1	Oberst Roth	1226	20	81	23 ¹ / ₃	144	—
2	Major von Eyben	900	—	60	—	72	—
3	" Groskopf	900	—	60	—	72	—
4	Hauptmann Steffen	700	—	60	—	—	—
5	" Reinecke	700	—	60	—	—	—
6	" Hornhardt	—	—	fällt hier aus.			
7	" Falkmann	600	—	60	—	—	—
8	" Kestner	600	—	60	—	—	—
9	" von Erterbe	600	—	60	—	—	—
10	" Kellner I.	480	—	32	—	—	—
11	Stabs-Capitain von Meien	360	—	32	—	—	—
12	Premier-Lieutenant Rohdewald	360	—	32	—	—	—
	derselbe als Adjutant	60	—	—	—	72	—
13	Premier-Lieutenant Kellner II.	360	—	32	—	—	—
14	" " Groskopf	360	—	32	—	—	—
15	" " Pustkuchen	360	—	32	—	—	—
16	" " Plage	360	—	32	—	—	—
17	Seconde-Lieutenant Knipping	288	—	32	—	—	—
18	" " Eschenburg	240	—	30	—	—	—
19	" " Kellner III.	240	—	30	—	—	—
20	" " Landgraf I.	240	—	30	—	—	—
21	" " Schulz	240	—	30	—	—	—
22	" " Hanke	240	—	30	—	—	—
23	" " Landgraf II.	240	—	30	—	—	—
24	Auditeur von Meien	360	—	32	—	—	—
25	Bataillonsarzt Schuster	150	—	—	—	—	—
26	Militairarzt Dr. Oltendorf	150	—	—	—	—	—
27	" Glasing	60	—	—	—	—	—
28	" Theopold	60	—	—	—	—	—

Garz

		Gage.		Servis.		Kourage- Vergütung.	
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
29	Garnison = Chirurgus Mosel . . .	61	10	—	—	—	—
30	Compagnie = Chirurgus Harland . .	61	10	—	—	—	—
31	Bataillonschreiber Dornheim . .	294	10	24	16	—	—
32	Gefangenwärter Klöpping . . .	18	—	—	—	—	—
33	Portepée = Fähnrich Tölke . . .	96	—	—	—	—	—
34	" " " Cronmeyer . . .	96	—	—	—	—	—
35	" " " Hornhardt . . .	96	—	—	—	—	—
Summa		12,157	20	994	9 $\frac{1}{2}$	360	—

Bemerkung:

Der Auditor Eschenburg, welcher beim Ausmarsch des zweiten Bataillons mit einer Gage von 24 Rthl. monatlich als Auditor und Zahlmeister angestellt wurde, ist nach beendigtem Feldzuge aus dem Dienstverhältniß zurückgetreten und erhält jene Gage nur noch pro September, October und November.

Anlage 49.

Als die Regierung unterm 12. Juni d. J. dem Landtage die Actenstücke, das von den Königen von Preußen, Sachsen und Hannover, zur Begründung der Einheit Deutschlands, abgeschlossene Bündniß vom 26. Mai d. J. betreffend, vorlegte, zugleich erklärte, daß sie, im Hinblick auf die dem gemeinsamen Vaterlande drohenden großen Gefahren, die Theilnahme an diesem Bündnisse nicht abgelehnt habe, und den Landtag um gutachtliche Aeußerung über das in dieser hochwichtigen Angelegenheit ferner zu beachtende Verfahren ersuchte, erklärte derselbe in dem Beschlusse vom 20. Juni d. J., das von der Regierung eingehaltene Verfahren im Allgemeinen anerkennend, daß eine Vereinbarung mit den 28 deutschen Regierungen, welche die von der National-Versammlung in Frankfurt ausgegangene deutsche Verfassung anerkannt hatten, zu erstreben und mit ihnen gemeinschaftlich über den Beitritt zu beschließen sei, drückte auch zugleich die Erwartung aus, daß die Regierung sich zu einer definitiven Entschließung der Genehmigung des Landtages versichern werde.

Die von der Regierung nicht weniger wie von dem Landtage gewünschte Vereinbarung mit den bei der Frankfurter deutschen Verfassung theilgenommenen Regierungen ist versucht aber nicht gelungen, da dieselben es vorgezogen haben, jede besonders wegen ihres Beitritts zu unterhandeln. Wie diese Beitritts-Erklärungen erfolgt und wann sie ratificirt sind, ergiebt das abschriftlich angelegte officiële Verzeichniß, dem noch Waldeck und Schaumburg-Lippe, welche nach sichern Nachrichten, in diesen Tagen ihren Beitritt erklärt haben, beizufügen sind. Es fehlen demnach von den minder mächtigen deutschen Staaten, welche sich um Preußen zusammengescharrt haben, um die Einheit Deutschlands zu retten, nur noch wenige und das Bündniß umschließt gegenwärtig, mit Einschluß Preußens, vorerst abgesehen von Sachsen und Hannover, eine Bevölkerung von etwa 17 oder, mit Hinzurechnung der ganzen Bevölkerung Preußens, von mehr wie 20 Millionen.

Die

An
den Landtag.

Die Voraussetzung des Landtages, daß die Regierung in Gemeinschaft mit den bei der Frankfurter Verfassung theiligten Staaten handeln werde, war, obgleich diese Vereinigung formell nicht zu bewerkstelligen gewesen, hiernach durch die That herbeigeführt und der Zeitpunkt eingetreten, den der Landtag in dem Gutachten vom 20. Juni d. J. als zum Anschluß an das Bündniß geeignet betrachtete. Die Regierung durfte mit ihrer Erklärung nicht länger zögern, da sie erneuerte Aufforderungen deshalb erhielt, die von Oesterreich in Verbindung mit Baiern ausgehende, die Selbstständigkeit der minder mächtigen deutschen Fürsten zum höchsten gefährdende Opposition immer drohender wurde und der die vereinigten Fürsten repräsentirende Verwaltungsrath, hierdurch gedrängt, in Thätigkeit treten und durch Ausschreibung des Reichstags, von dessen Theilnahme das in jeder Beziehung an das Bündniß vom 26. Mai d. J. gewiesene Fürstenthum nicht ausgeschlossen bleiben durfte, die deutsche Einheit, soweit sie bis dahin hatte zu Stande gebracht werden können, sanctioniren mußte. Des regierenden Fürsten Durchlaucht war daher dringend veranlaßt, ohne allen Verzug einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden um wegen des Beitritts zu dem Bündniß vom 26. Mai d. J. zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen, der dem Landtage nach dessen Wiederversammlung vorgelegt werden könne.

Der Bevollmächtigte reiste am 24. v. M. von hier nach Berlin, traf den, durch die Ernennung des Staatsministers von Bodelschwingh zum Vorsitzenden neu gekräftigten, Verwaltungsrath zwar mit den Vorbereitungen zur Constituirung des Reichstags und sonst vielfach beschäftigt, es gelang ihm jedoch, den im abschriftlich angelegten Separat-Protocolle enthaltenen Vertrag, auf Grundlage der mit sämmtlichen übrigen beigetretenen Staaten vereinbarten Verträge schon am 29. v. M. abzuschließen. Es wird dieser Vertrag dem Landtage mit dem Ersuchen vorgelegt, demselben die vorbehaltene Genehmigung zu ertheilen, indem von des regierenden Fürsten Durchlaucht die höchste Ratification bereits zugesichert worden ist. Die Regierung zweifelt an dieser Genehmigung umsoweniger, da die von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene deutsche Verfassung, selbst von denjenigen Staaten verworfen, welche gegen das Bündniß vom 26. Mai d. J. anstreben, unmöglich in das Leben treten kann, demnach in den fortdauernden traurigen Zerwürfissen Deutschlands dieses Bündniß den einzigen Anhaltspunct darbietet, durch welchen die vom ganzen Volke ersuchte deutsche Einheit gerettet werden kann, da ferner die auf das Bündniß vom 26. Mai sich stützende Verfassung, nach den öffentlichen Nachrichten, durch die von dem Verwaltungsrathe beschlossene Ausschreibung des Reichstages
der

der definitiven Sanction entgegen geführt werden soll, die sie unter der das Bündniß umschließenden Macht und der sich in dem Verwaltungsrathe entwickelnden Energie ohne Zweifel erhalten wird, da endlich die von Sachsen und Hannover der Constituirung des Reichstags entgegengesetzte Remonstration von keiner Wirkung sein kann, indem sich beide Staaten im Art. IV des vereinbarten Statuts des Bündnisses vom 26. Mai d. J. feierlich und ohne Beschränkung verpflichtet haben, den Entwurf der Reichsverfassung einer zu berufenden Reichs-Versammlung vorzulegen, eine Verpflichtung, von der sie ohne offenen Treubruch, den man bei ihnen nicht voraussetzen kann, nicht zurückzutreten vermögen.

Wir stehen an der Pforte der Entscheidung über Deutschlands Einheit und Macht, über die Fortexistenz der minder mächtigen Staatenverbände in ihrer Selbstständigkeit, über die Ruhe und Zufriedenheit der zu unserm großen Vaterlande vereinten Volksstämme. Lassen Sie uns hineintreten! Die Bahn zum ersehnten Ziele ist gebrochen, sie wird sich immer mehr ebnen, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der Particularismus und die Vergrößerungssucht einiger Regierungen an den deutschen Gesinnungen, der Treue und Energie der vereinten Regierungen, sowie dem gesunden Sinne des deutschen Volkes scheitern und eine Vereinigung auch mit ihnen wird herbeigeführt werden.

Die Regierung sieht der baldigen Erklärung des Landtages entgegen.

Detmold, den 13. October 1849.

Fürstlich Lippische Regierung.

Petri.

Zu Anlage 49.

Verzeichniß

der dem Bündniß zwischen Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai 1849 bis jetzt beigetretenen deutschen Regierungen, nebst Angabe des Tages, sowohl des Beitritts als der Ratification.

Name der Regierung.	Tag des Beitritts.	Tag der Ratification.
1 Baden	21. Juni 1849	1. Juli 1849
2 Anhalt-Bernburg	23. Juni =	5. Juli =
3 Sachsen-Weimar	10. Juli =	23. Juli =
4 Nassau	29. Juni =	31. Juli =
5 Kurhessen	31. Juli =	6. August =
6 Mecklenburg-Strelitz	27. Juni =	6. August =
7 Sachsen-Coburg-Gotha	18. Juli =	10. August =
8 Braunschweig	10. August =	12. August =
9 Sachsen-Altenburg	26. Juli =	14. August =
10 Preuß ältere Linie	15. August =	22. August =
11 Mecklenburg-Schwerin	27. Juni =	23. August =
12 Hamburg	14. August =	29. August =
13 Bremen	23. Juli =	30. August =
14 Preuß jüngere Linie	15. August =	3. September =
15 Großherzogthum Hessen	3. September =	3. September =
16 Oldenburg	13. Juli =	10. September =
17 Anhalt-Deßau und Köthen	12. September =	14. September =
18 Schwarzburg-Rudolstadt	3. August =	—
19 Schwarzburg-Sondershausen	5. September =	—
20 Lippe	29. September =	—

Copia copiae.

Zu Anlage 49.

Verhandelt Berlin den 29. September 1849, Vormittags 11 Uhr in Gegenwart:

des Königlich Preussischen Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrathe, Staatsministers von Bodelschwingh;

des Königlich Sächsischen Bevollmächtigten Staatsminister von Zeschau;

des Königlich Hannoverschen Bevollmächtigten, Geheimen Legationsraths von Wangenheim;

des Großherzoglich Badischen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legationsraths Freiherrn von Meysenbug;

des Kurfürstlich Hessischen Bevollmächtigten, Ober-Steuer-Directors Pfeiffer;

des Großherzoglich Hessischen Bevollmächtigten, Geheimen Rathes und Kammerherrn, Freiherrn von Lepel;

des Bevollmächtigten der Regierungen von: Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha, Herzogthum Sachsen-Altenburg, und der beiden Fürstenthümer Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie, Staatsrath Seebeck;

des Herzoglich Nassauischen Bevollmächtigten, Präsidenten Vollpracht;

des Herzoglich Braunschweigischen Bevollmächtigten, Legationsraths Dr. Liebe;

des Großherzoglich Oldenburgischen Bevollmächtigten Oberst Mosle;

des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Bremen, Bürgermeisters Smidt. —

Das Protocoll führt der Königlich Preussische Geheime Justizrath Blömer.

Separat-Protocoll

der

45sten Sitzung

des Verwaltungsraths.

Der in heutiger Sitzung erschienene Fürstlich Lippische Regierungs-Präsident Petri überreicht zu Händen des Vorsitzenden eine von Seiner Durchlaucht, dem regierenden Fürsten zur Lippe d. d. Schieder den 20. September 1849 vollzogene Urkunde, Inhalts deren er beauftragt ist:

mit dem durch den Art. III. des Statuts des Bündnisses vom 26. Mai d. J. ernannten Verwaltungsrathe über den Beitritt des Fürstenthums Lippe zu diesem Bündniß zu unterhandeln, und den Beitritts-Vertrag, mit Vorbehalt der Ratification des Fürsten, abzuschließen.

Diese Urkunde ist von dem Protocollführer zu dem Archiv des Verwaltungsraths asservirt worden.

Re-

Regierungs-Präsident Petri trägt vor, daß er zum Zwecke seiner Erklärung vorher noch der Vergewisserung des Verwaltungsraths über folgende Punkte entgegen sehe. Die von ihm vertretene Regierung gehe von der Voraussetzung aus, daß alle, den anderen beigetretenen Regierungen Seitens des Verwaltungsrathes bisher gemachten Zugeständnisse, namentlich in Bezug auf Besetzung des Bundes-Schieds-Gerichts, auf die Mittheilung im Verwaltungsrathe und auf die Modificationen des Wahlgesetzes, auch der Fürstlichen Regierung für den Fall ihres Beitritts zuerkannt seien, wobei er, soviel es den letztern Punkt betreffe, allerdings nur solche Modificationen im Auge habe, deren Ausführung mit der Aufrechterhaltung des Prinzips des Wahlgesetzes zu vereinigen bleiben. Die Fürstliche Regierung sei zur Zeit zwar nicht entschlossen, ihrerseits einen besondern Vertreter in den Verwaltungsrath zu entsenden, gedenke vielmehr vorderamst eines der bereits fungirenden Mitglieder des Verwaltungsraths um Uebernahme auch ihrer Vertretung zu ersuchen; sie setze aber voraus, daß ihr hierdurch das Recht der Vertretung durch einen eigenen Bevollmächtigten unverkürzt verbleibe, und daß sie dieses Recht jederzeit zur Ausführung bringen könne. Schließlich wünscht Regierungs-Präsident Petri, daß der Verwaltungsrath sich noch über das Verhältniß ausspreche, in dem das Fürstenthum Lippe den Reichstag im Staaten- und im Volkshause zu beschicken haben werde. —

Der Vorsitzende erwiedert im Namen des Verwaltungsraths, daß alle von dem Regierungs-Präsidenten Petri vorstehend gemachten Voraussetzungen als völlig begründet anerkannt werden, so wie auch, daß die Berechtigung der Fürstlichen Regierung sich im Verwaltungsrathe auf die von ihr selbst zu beliebende Weise, sei es durch einen eigenen Bevollmächtigten, oder durch Uebertragung ihres Bevollmächtigten an den Vertreter einer andern Regierung, jeder Zeit vertreten zu lassen, keinem Zweifel unterliege. Das für das Fürstenthum Lippe maßgebende Verhältniß bei Beschickung des Reichstages sei, soviel es das Staatenhaus betreffe, in Art. 2 Abschnitt IV. des Verfassungs-Entwurfs ausdrücklich, und soviel es das Volkshaus betreffe, in den Art. 8—10 des Wahlgesetzes grundsätzlich festgestellt, auf welche Bestimmungen also hier zurückgewiesen werde.

Auf Grund dieser Erwiderung gibt Regierungs-Präsident Petri die Erklärung

daß er Namens und im Auftrage des regierenden Fürsten zur Lippe Durchlaucht, dem zwischen den Königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover unter dem 26. Mai 1849 zu Berlin abgeschlossenen Vertrage, dem ganzen Inhalte dieses Vertrages nach,
die

die Ratification seines Hohen Vollmachtgebers vorbehalten, für das Fürstenthum Lippe, unbedingt beitrete.

Der Verwaltungsrath acceptirt diese Erklärung des Fürstlich Lippischen Bevollmächtigten durch Beurkundung zu gegenwärtigem Protocoll.

Auf Anregung des Königlich Sächsischen Bevollmächtigten spricht der Vorsitzende zuletzt noch den Wunsch aus, daß die für das Fürstenthum Lippe zu bezweckenden Modificationen des Wahlgesetzes von Fürstlicher Regierung dem Verwaltungsrathe baldigst zur Einsicht und Prüfung mitgetheilt werden, was der Fürstlich Lippische Bevollmächtigte auf das bereitwilligste, und mit der bekräftigenden Versicherung zusagt, daß die von ihm vertretene Regierung fest entschlossen sei, sich in jeder Weise dem Bündnisse treu zu erweisen, und daß sie gleiche Treue bei allen andern Regierungen gewärtige.

Ueber diesen Vorgang ist das gegenwärtige Protocoll aufgenommen, und nach erfolgter Genehmigung von den Mitgliedern des Verwaltungsrathes und dem Fürstlich Lippischen Bevollmächtigten mit dem Protocollführer unterzeichnet worden zu Berlin wie Eingangs.

(gez.) Bodelschwingh.

" v. Zeschau.

" H. v. Wangenheim.

" v. Meysenbug.

" Pfeiffer.

" v. Lepel.

" Seebeck.

" Vollpracht.

" Liebe.

" Mosle.

" Smidt.

" Petri.

" Blömer.

Die Uebereinstimmung mit dem Original attestirt. —

(L. S.)

Horn,

Königl. Preuß. Geh. Secretär.

